



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

**VhU-Bewertung des
Koalitionsvertrags zwischen
CDU Hessen und Bündnis 90/Die Grünen Hessen
für die 20. Legislaturperiode 2019 – 2024
vom 20.12.2018**

- Bereich Verkehr und Logistik -

Frankfurt am Main, den 21.12.2018

Verkehr und Logistik

Herausforderungen werden angepackt, jedoch sind mehr Tempo bei den Investitionen und eine Stärkung des Logistikstandortes notwendig.

Die Koalition erkennt den Wert des Weltflughafens Frankfurt mit Blick auf Wohlstand und Arbeitsplätze in Hessen und darüber hinaus. Ausbau und Wachstum im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses werden ermöglicht, die ÖPNV-Anbindung an das neue Terminal 3 wird forciert und es soll keine weiteren Beschränkungen geben – das sind gute Nachrichten für den Wirtschaftsstandort Hessen.

Die Bestrebung, mehr Investitionen in alle Verkehrsträger zu tätigen, ist zu begrüßen. Insbesondere der Schienenverkehr soll in der kommenden Legislaturperiode ausgebaut werden. Wichtige Projekte des ÖPNV im Rhein-Main-Gebiet sollen vorangebracht werden. Die vorgesehene Erhöhung des Budgets zur Sanierung von Landesstraßen auf 170 Mio. Euro bis 2024 ist zwar erfreulich, reicht aber weiterhin nicht, um den Werteverzehr auszugleichen, der 2016 bereits 188 Mio. Euro betrug.

Das Prinzip der Koalition „Sanierung vor Neubau“ droht zum Prinzip „Sanierung statt Neubau“ zu verkümmern. Wichtige Projekte des Bundesverkehrswegeplans wie Ortsumgehungen werden zwar erwähnt, jedoch bleibt unklar, wann mit der Planung und Umsetzung begonnen wird.

Zu einseitig soll die E-Mobilität gefördert werden. Echte Technologieoffenheit fehlt. Beim Thema Diesel-Fahrverbote wird versäumt, die Messverfahren in Hessen nach objektiven Kriterien überprüfen zu lassen. Stattdessen gibt die Koalition sich mit dem Ziel der Vermeidung flächendeckender Fahrverbote zufrieden, anstatt auch die Sperrung einzelner Straßen abzulehnen. Das ist unbefriedigend für Bürger und Betriebe in Hessen.

Dem Logistikstandort Hessen wird nicht genug Rechnung getragen. Ein klares Bekenntnis zur Förderung von Lang-LKWs, zu mehr LKW-Stellplätzen und Sicherheit entlang hessischen Autobahnen wäre nötig gewesen. Positiv ist das Bekenntnis zu innovativen Verkehrskonzepten, Verkehrsvernetzung und autonomem Fahren.

Vorhaben im Koalitionsvertrag	VhU-Bewertung
Stärkung des Weltflughafens Frankfurt auf Basis des Planfeststellungsbeschlusses. Ausbau des Terminal III mit entsprechender Anbindung an das ÖPNV-Netz.	Zustimmung.
Erhöhung der Sanierungsmittel im Landesstraßenbau auf 170 Mio. Euro jährlich bis 2024 und deutliche Erhöhung	Positiv. Jedoch sollte mehr Geld in den Neubau fließen. Ferner sollte die Erhöhung schneller gehen und 200 Mio.

der Investitionen in den Ausbau von Radwegen um 10 Prozent bis 2025.	Euro betragen, um den Werteverzehr der Infrastruktur sicher abzudecken.
Das Prinzip „ Sanierung vor Neubau “ beibehalten.	Kritisch. Sanierung darf nicht dazu führen, dass der Neubau faktisch auf der Strecke bleibt und wichtige Ortsumgehungen und weitere Projekte des BVWP auf Jahre verzögert werden. Für alle im Bundesverkehrswegeplan 2030 dargestellten Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs muss zeitnah die Planung und Umsetzung beginnen.
Investitionen in den Aus- und Neubau von Umgehungsstraßen .	Positiv. Jedoch viel zu vage formuliert.
Fertigstellung der A44 und A49 , sowie des Riederwaldtunnels (A66/A661), Sanierung der Brücken an der A45 und Ertüchtigung der Autobahnkreuze an A3 und A5	Positiv. Wünschenswert wäre ferner der Ausbau weiterer Bundesfernstraßen, etwa der A4 (B508 neu).
Ausbau von LKW Parkplätzen an Autobahnen.	Positiv. Jedoch zu vage. Mindestens 2000 weitere LKW-Plätze sind notwendig ebenso wie die Erhöhung der Sicherheit an Rastanlagen entlang Autobahnen.
Ausbau von Park-and-Ride-Systemen	Zustimmung.
Förderung von E-Mobilität in allen Bereichen. Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur durch freien Wettbewerb der Stromanbieter.	Kritisch. Technologieoffenheit und „Privat vor Staat“ sollte oberste Maxime sein.
Vermeidung flächendeckender Fahrverbote .	Positiv. Jedoch sollte die Koalition auch gegen die Sperrung einzelner Straßenzüge eintreten und die Messverfahren der Luftwerte nach objektiven Kriterien überprüfen lassen.
Wahrung hessischer Interessen bei der Überleitung der Bundesautobahnen in die Infrastrukturgesellschaft Autobahnen („IGA“) zum 01.01.2021. Erhöhung der personellen- und Planungskapazitäten bei Hessen Mobil .	Positiv. Jedoch zu vage formuliert. Eine deutliche Aufstockung der Planungsmittel auf 90 Millionen Euro jährlich wäre jetzt notwendig.
Mit dem Ziel beschleunigter Genehmigungsprozesse soll die Zuständigkeit für Großraum- und Schwertransporte an	Zustimmung. Das entspricht der Forderung vieler Betroffener. In einem nächsten Schritt sollte ein „Verwaltungshelfer“

Hessen Mobil als zentrale Anhöhrungs- und Erlaubnisbehörde übertragen werden.	nach dem Vorbild Bayern eingeführt werden.
Ausbau des ÖPNV, insbesondere zügiger Bau der Regionaltangente West , die später zum Ringverkehr im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main ausgebaut werden soll.	Zustimmung.
Schiene: Neu- und Ausbauprojekte Rhein-Main/Rhein-Neckar (Frankfurt-Mannheim inkl. Wallauer Spange) und Hanau-Fulda sollen vorangetrieben werden.	Zustimmung.
Schrittweise Einführung eines „ Hessen-tickets “ im ÖPNV.	Kritisch. Ticketpreise sind nicht die größte Herausforderung im ÖPNV, sondern Kapazität, Flexibilität und Vernetzung. Investitionen in Qualität und Taktung des ÖPNV sollten Priorität eingeräumt werden.

Nicht aufgegriffene Anliegen der Wirtschaft:

- Mehr Sicherheit auf Rastanlagen: Videoüberwachung und Polizeipräsenz.
- Förderung des Einsatzes von Lang-LKWs zur Reduzierung des Verkehrs.
- Abschaffung Luftverkehrssteuer durch Initiative im Bundesrat.
- Anerkennung eigenwirtschaftlich operierender Fernbusse als einer wichtigen Säule des Personenfernverkehrs.
- Einführung Werterhaltungsregel für die Verkehrsinfrastruktur.
- Detaillierter Infrastrukturzustandsbericht, der für alle Verkehrsmodi in Hessen (Straße, Schiene, Wasserwege, Luftverkehr) über Zustand/ Wert der Infrastruktur, Investitionen, Abschreibungen und Subventionen berichtet.